

Reinhard Thies
Diakonie Deutschland - Ev. Bundesverband, Berlin

Karin Vorhoff
Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg

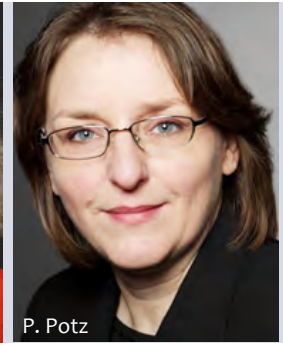
Dr. Petra Potz
location³, Transferstelle Kirche findet Stadt, Berlin



R. Thies



K. Vorhoff



P. Potz

Kirche findet Stadt: Erkenntnisse, Thesen und Perspektiven

Ziel des Projektes war es, die Rolle der Kirchen mit ihren Wohlfahrtsverbänden Caritas und Diakonie als Schlüsselakteure in der Stadtentwicklung zu verdeutlichen. Es ging dabei um die gegenseitige Sensibilisierung sowie um das Verständnis für unterschiedliche Handlungslogiken von Kirche, sozialer Arbeit und Stadtentwicklung in der Gemeinwesenarbeit bzw. der Arbeit im sozialräumlichen Kontext.

Zu den großen Herausforderungen künftiger Stadtpolitik gehört – gemäß dem im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik entstandenen Memorandum „Städtische Energien – Zukunftsaufgaben der Städte“ – die „gesellschaftliche Integration“¹. Genau hier liegen die Potenziale der kirchlich-verbandlichen Arbeit für die Stadtpolitik, denn es geht originär „um die großen fach- und gesellschaftspolitischen Fragestellungen der Teilhabe und ihrer lokalen Verortung, wie beispielsweise demografische Entwicklung und generationengerechtes Leben, Armut und Benachteiligung, Inklusion und Solidarität, Migration und Integration. Es geht dabei immer auch um die häufig vorhandenen Orte der Begegnung, die eine mancherorts untergenutzte Ressource im Wohnumfeld darstellen, und damit auch um neue Wege einer Um- und Neunutzung vorhandener Strukturen, mit neuen Nutzergruppen und in innovativen Verbundstrukturen und Trägerschaften.“²

¹ Das Memorandum wurde auf dem Kongress „Städtische Energien“ in Berlin im Oktober 2012 verabschiedet; verfügbar unter: www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

² Petra Potz: Kirche findet Stadt – Potenziale und Perspektiven für eine strategische Plattform der integrierten Stadtentwicklung. In: Wegweiser Bürgergesellschaft, Online-Newsletter 19/2012 der Stiftung Mitarbeit vom 12.10.2012

Angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen, die in den vorangegangenen Beiträgen bereits beschrieben wurden, kann nur ein konzertiertes Vorgehen für die Bewältigung dieser Aufgaben adäquat sein; Aufgaben, die von staatlichen und kommunalen Verantwortungsträgern mit ihrer koordinierenden Rolle zusammen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen und unternehmerischen Kräften zu bewältigen sind. Welche Antworten muss Kirche darauf finden?

Kirche findet Stadt hat sich die folgenden Leitfragen gestellt, zu denen mit der Bearbeitung des Projektes Befunde und erste Antworten gegeben werden sollten.

- » Wie und mit wem lassen sich an den Schnittstellen kirchlichen und kommunalen Handelns nachhaltige Strukturen in den Stadtteilen aufbauen und halten?
- » Welche Rolle nehmen Kirchengemeinden in Quartieren und Dorfgemeinschaften im Hinblick auf die zivilgesellschaftliche Entwicklung von Städten und Gemeinden ein?
- » Welche strategischen Leitlinien und Handlungsoptionen für kirchliches Engagement in der Stadt- und Gemeindeentwicklung sind identifizierbar?
- » Wie bringt sich Kirche mit ihren Verbänden Caritas und Diakonie in Stadtentwicklungsprozesse in den unterschiedlichen räumlichen Dimensionen von Region, Stadt, Gemeinde, Stadtteil ein?
- » Wie sehen die Akteure der Stadtentwicklung aus dem öffentlichen Sektor und der Wirtschaft die Rolle der Kirchen? Welche Kooperationskultur gibt es bzw. muss aufgebaut werden?

Zunächst gilt es für Akteure, die vor Ort aktiv sind, sich die räumliche und institutionelle Dimension ihres Handelns zu vergegenwärtigen.

» *Stadtteilebene*: Die vorhandenen Netzwerke in den Stadt-/Ortsteilen und auch die Aktivitäten der Bewohner/innen brauchen starke und verlässliche Partner in der Zivilgesellschaft. Deshalb gilt es zum einen, die kirchlichen und wohlfahrtsverbandlichen Strukturen vor Ort stärker nach außen zu öffnen und sozialräumlich auszurichten. Zum anderen stehen auch die Akteure der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit vor der Aufgabe, die Potenziale der kirchlichen Einrichtungen für die Weiterentwicklung und Stabilisierung der Stadtteile stärker in den Blick zu nehmen.

» *Gesamtstädtische/regionale Ebene*: Aus Sicht einer integrierten Stadtentwicklungspolitik sind auf der kommunalen Ebene die Akteure in Politik und Verwaltung sowie in der Wirtschaft wichtige Partner, beispielsweise bei der Erstellung von integrierten Handlungs- bzw. Entwicklungskonzepten und Strategien. Die Beteiligung kirchlicher Akteure (gesamtstädtisch bzw. regional) ist dabei noch ausbaufähig.

» *Landesübergreifend/Bundesweit*: Die Schlussfolgerungen aus einem neuen Kooperations- und Koproduktionsansatz in den Stadt- und Ortsteilen sollen auch in die Bundesländer und bundesweit ausstrahlen. Damit die Vielfalt vorhandener kirchlich-verbandlicher Präsenz in Stadt-/Quartierszusammenhängen deutlich werden kann, wurden mit *Kirche findet Stadt* lokale Praxiserkenntnis und Strategieentwicklung zu überregionalen Kompetenznetzwerken zusammengeführt; dies in Verbindung mit ihrer Einbettung in die Umsetzung staatlicher Programme. Es galt zudem, die kulturellen Hintergründe (z.B. in den Bistums- und landeskirchlichen Strukturen) angemessen zu berücksichtigen. Durch die Bildung von drei Makroregionen (Nord, Mitte, Süd) wurde zum einen der regionale Austausch, zum anderen aber auch die Ableitung bundesweit gültiger Erkenntnisse und Empfehlungen erleichtert.

Kirchen- und Pfarrgemeinden stehen zunehmend im Umbruch und vor der Herausforderung großer struktureller Veränderungen. Die Weitung pastoraler Räume und die Neuordnung von Parochien, also die Zusammenlegung mehrerer vorher bestehender Kirchengemeinden zu Großgemeinden oder Seelsorgeverbänden, sowie die mögliche Aufgabe bzw. Umnutzung kirchlicher Immobilien bis hin zum Kirchengewe-



bäude sind neue Herausforderungen. Gleichzeitig besteht das Selbstverständnis der Kirche(n) über die Rolle in der Gesellschaft weiterhin darin, bei und mit den Menschen zu sein. Die Gemeinde wird als Kristallisations- und Begegnungsort, an dem alle Dimensionen von Kirche gelebt werden sollen, verstanden.

Bei den *kirchlichen Wohlfahrtsverbänden* geht es um „neue Konzepte und Arbeitsansätze, die den Weg weisen sollen, wie Integration, Inklusion, selbstbestimmte Teilhabe und ein solidarischer Ausgleich für eine gerechte Gesellschaft gelingen können“ (vgl. Vorwort von Neher/Stockmeier). Das Selbstverständnis ist ebenfalls multidimensional: Dienstleister, Anwalt, Solidaritätsstifter – wodurch auch der Spannungsbogen deutlich wird, dem die Partner

des Kooperationsprojektes *Kirche findet Stadt* unterlagen. Die ökumenische Zusammenarbeit auf allen Ebenen und zwischen kirchlichen und verbandlichen Strukturen war eine zentrale und neue Herausforderung, der sich die Partner in ständig wachsender Offenheit gestellt haben. Diese Praxis der Kooperation diente auch dazu, das jeweils eigene Profil reflektieren zu müssen. Beim „Blick über den Tellerrand“ ließen sich dann Unterschiede, aber auch ähnliche strukturelle Hemmnisse sowie gemeinsame Interessen und Aktivitäten identifizieren.

Ansätze, in denen Kirchen und ihre Träger und Wohlfahrtsverbände sich auch mit weiteren Glaubensgemeinschaften vor Ort engagieren und mit den Akteuren der Stadtentwicklung in Politik, Verwaltung und Wirtschaft kooperieren, sind in diesem Sinne ein innovativer Beitrag zur Etablierung integrierter Entwicklungspartnerschaften und Allianzen³.

- » Aktuelle kirchlich-verbandliche Strategien wie „Gemeinwesendiakonie“ und „Sozialraumorientierung der Caritasarbeit“ sind ganzheitlich und raumbezogen und haben starke Überschneidungspunkte mit den Ansätzen integrierter Stadtentwicklungspolitik.
- » In dieser Hinsicht ist eine intensive Kooperation von Kirchen- und Pfarrgemeinden und ihren verbandlichen Partnern aus Diakonie und Caritas anstrebenswert. Diese liegt auch angesichts der strukturellen Veränderungen und damit verbundenen Notwendigkeiten einer internen Reorganisation nahe, ist aber bisher noch keine flächendeckend eingeübte Praxis.
- » Mit der Kooperation und Vernetzung aller kirchlichen Akteure im Quartier bzw. in der Kommune im Sinne einer Kirche vor Ort kann der Akteur Kirche vom operativen (Projekt)-Teilnehmer und Partner zum strategischen Mitgestalter in lokalen Entwicklungspartnerschaften, zum Akteur in Netzwerken,

zum Partner in Trägerverbänden werden. Die Positionierung in zivilgesellschaftlichen Netzwerken (Kirchengemeinde in der Bürgergemeinde) ist dabei ausbaufähig.

Zentral für *Kirche findet Stadt* ist die gesellschaftspolitische Akzeptanz sozialraumorientierten Handelns auf allen Ebenen (Kommunal-, Landes-, Bundes- und Kirchenpolitik) zur Sicherung tragfähiger Strukturen für die Quartiers- und Ortsentwicklung. Somit gilt es, die strategische Dimension in die jeweiligen Entscheidungsstrukturen hinein zu vermitteln, und Handlungsoptionen im Sinne einer Multi-Level-Governance (weiter) zu entwickeln. Relevant ist das kirchlich-verbandliche Handeln in allen räumlichen Strukturen und Ebenen: in Stadt- und Ortsteilen, in Städten und Gemeinden, aber auch in Dörfern und im ländlichen Raum. Es bedarf hierfür weiterer erheblicher Anstrengungen und Überzeugungsarbeit auf und zwischen allen Maßstäben und Ebenen. Dann lassen sich auch in Zukunft innovative Beiträge zur Etablierung integrierter Handlungsstrategien und Entwicklungspartnerschaften für eine nachhaltige Stadtentwicklung befördern. Jeder von den verschiedenen Akteuren erzielte und gelebte Erfolg wird zur Bestätigung, auf diesem Wege fortzufahren.



³ BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit: Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen. Neue Entwicklungspartnerschaften in der Sozialen Stadt. Dokumentation der Fachkonferenz, Hannover 2010

Kirche findet Stadt: Handlungsempfehlungen und Thesen für die weiteren Perspektiven

Kirchen(gemeinde) als Teil der Bürgergemeinde

1. Kirche als Teil des lokalen Gemeinwesens verstehen

Die beiden großen christlichen Kirchen mit ihren Wohlfahrtsverbänden sind in Städten und Gemeinden mit ihren Kirchengemeinden und verbandlichen Diensten und Einrichtungen vor Ort präsent und haben hierüber vielfältige Zugänge zu den Menschen vor Ort. Mit diesen leisten sie in den Stadt- und Ortsteilen einen nachhaltigen Beitrag zur Sicherung einer verlässlichen kulturellen und sozialen Infrastruktur in allen Regionen Deutschlands. Es gilt, sich dieser Rolle zunehmend bewusst zu werden und sie offen einzunehmen und sich in die Gestaltung des Gemeinwesens aktiv einzubringen.

2. Vielfalt kirchlicher „Kraftfelder“ erkennen und kirchlich-verbandliche Zusammenarbeit stärken

Die Kirchen, ihre Wohlfahrtsverbände und Sozialunternehmen sind in sozialräumliche Kommunikations- und Netzwerkstrukturen eingebunden und prägen vielerorts den sozial- und kulturpolitischen Diskurs in den lokalen Gemeinwesen maßgeblich mit. Sie bieten ein breites Spektrum an Kompetenzen und Fachwissen sowie baulich-räumlichen Kapazitäten, das für Aufgaben im Gemeinwesen und im sozialen Nahraum genutzt werden kann. Durch querschnittsorientiertes, fachbereichs- und zielgruppenübergreifendes Handeln vor Ort bestehen vielfältige Möglichkeiten, diese unterschiedlichen Ressourcen synergetisch zu bündeln. Die Bedingungen für mehr Anschlussfähigkeit zwischen Kirchengemeinden, kirchlichen Wohlfahrtsverbänden und anderen kirchlichen Partnern gilt es auf lokaler Ebene weiterzuentwickeln.

3. Kirche im Gemeinwesen als zivilgesellschaftliche Basisstruktur wahrnehmen

Kirche und ihre Diakonie und Caritas sind nicht nur Institutionen und Dienstleister vor Ort; vielmehr sind sie durch ihre zivilgesellschaftliche Bindung in sozialräumlichen Strukturen (Kirchen-/Pfarrgemeinden, ehrenamtlich Engagierte, lokale Initiativen, Selbsthilfegruppen etc.) ein wesentlicher Basisakteur. Sie setzen sich ein für soziale Belange insbesondere von Menschen mit Hilfebedarf und übernehmen in deren lokalen Kontexten eine anwaltliche und auch intermediäre Rolle. Sie agieren damit in konkreten Sozialräumen mit dem Ziel, individuelle und strukturelle Bedingungen so zu verändern, dass sozial ausgewogene Lebensbedingungen insbesondere für benachteiligte Gruppen entstehen.

4. Subsidiarität leben und Strukturen für zivilgesellschaftliches Handeln sichern

Die Verfolgung dieses Anspruchs setzt die Verankerung kirchlicher in lokalen Politikstrukturen voraus; dabei stützt sich das sozialpolitische Mandat kirchlicher Institutionen auch auf ihre sozialräumliche Kompetenz. Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände sind entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip konstitutiver Teil des Sozialstaates; dies gilt auch für die lokale Ebene. Als „Träger öffentlicher Belange“ sind sie gefragt, insbesondere soziale Belange in Planungs- und Abwägungsprozesse einzubringen. Ihr anwaltliches Mandat insbesondere für Menschen in besonderen und schwierigen Lebenslagen prädestiniert sie zu Beteiligten an einer sozialen Stadt(teil)entwicklung.

Strategische Verantwortungsgemeinschaften für (lokale) Gemeinwesen

5. Das Gemeinwesen partnerschaftlich mit anderen gestalten

Im Gemeinwesen/Sozialraum und in den pastoralen Räumen und Parochien wird eine Öffnung für eine Mitwirkung von Bewohner/innen und auch zur Weiterentwicklung von bedarfsgerechten Aktivitäten für die Daseinsvorsorge sowie zur Schaffung niederschwelliger Zugänge ermöglicht. Aus dem *Kirche findet Stadt*-Kontext zeichnen sich erweiterte Handlungsbedarfe und -möglichkeiten auf lokaler und übergeordneter Ebene ab: einen regelmäßigen Austausch mit den relevanten Gruppen und Schlüsselpersonen zu organisieren, neue Impulse und auch Bestätigung für die eigene Arbeit zu erhalten, Kooperationen (weiter) zu entwickeln. Durch Beteiligungs- und Empowermentprozesse können Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände lebendige Nachbarschaft aktiv mitgestalten. Dadurch lässt sich zusätzliches lokales Potenzial entwickeln: zur Eröffnung von Teilhabechancen, zur Organisation von Gemeinschaftsleben, zu nachbarschaftlicher Unterstützung und Bereitstellung bedarfsgerechter Infrastruktur. Auch bieten sich Chancen zur Inklusion vor Ort durch die Einbindung der lokalen Gesellschaft.

6. Kooperationen mit (lokalen) Partnern suchen und zur Koproduktion von Gemeinwohl ausbauen

Gebietsbezogene Koordinations- und Planungsaufgaben sind von kommunalen Stellen zu übernehmen, das heißt von fachbereichsübergreifenden Gebietsbeauftragten, die für die Ausgestaltung von lokalen Entwicklungsprozessen durch Politik und Verwaltung leitung entsprechend autorisiert und gegenüber Verwaltungsexternen ausreichend legitimiert sind. Für die Mitgestaltung und Koproduktion von Gemeinwohl ist die Kooperation der Kommune mit anderen Akteuren unabdingbar. Partizipative Kooperationsmodelle mit kirchlich-verbandlicher Beteiligung sollten geschaffen und erprobt, bestehende Ansätze weiterentwickelt werden. Es gilt das Verhältnis zwischen Initiatoren/Akteuren und Berater/innen, zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen zu reflektieren und Organisationsformen zu finden, in denen geteilte Verantwortung gelebt werden kann. Dazu ist mehr Öffnung, auch für neue Nutzergruppen, notwendig, sowie Mut und Bereitschaft, sich auf neue, unerschlossene Pfade zu begeben. Eine strategische Verankerung im kirchlich-verbandlichen wie auch im politisch-administrativen Mehrebenensystem ist Voraussetzung für eine Koproduktion von Gemeinwohl auf Augenhöhe.

7. Lokale Netzwerke zu verbindlichen Entwicklungspartnerschaften weiterentwickeln und nachhaltige Strukturen schaffen

Die Gestaltung eines inklusiven und teilhabeorientierten Gemeinwesens ist angesichts des demografischen Wandels und einer zunehmenden sozialen und kulturellen Differenzierung bis hin zu Segregationsprozessen eine große Herausforderung. In besonderem Maße gilt dies für den interkulturellen bzw. interreligiösen Dialog. Kirchen mit ihren Wohlfahrtsverbänden sind dabei unverzichtbare strategische und operative Partner für die Prozessgestaltung und Transformation zu zukunftsfähigen Gemeinwesen. Lokale Netzwerke, die auf diese Herausforderungen eingehen wollen, sollten sich daher zunehmend auch handlungsfeld- und trägerübergreifend zwischen Kirche und Kommune gründen. Die Erfahrungen aus den bereits aufgebauten bereichsübergreifend angelegten Netzwerken, wie sie die Referenzplattform von *Kirche findet Stadt* entwickelt, sollten stärker verbreitet und ausgewertet, der zusätzliche Nutzen für alle Beteiligten deutlicher herausgestellt werden. Entsprechende lokale und überregionale Kompetenznetzwerke und Transferstrukturen gilt es zu schaffen und ökumenisch auszurichten.

Mitgestaltung und Nachhaltigkeit (lokaler) Entwicklungsprozesse

8. Integrierte Handlungskonzepte und lokale Aktionspläne in sektor- und themenübergreifender Partnerschaft erarbeiten und umsetzen

Integriertes Handeln in der Stadt- und Regionalentwicklung ist eine gemeinsame strategische Herausforderung von Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – und gleichzeitig Anliegen aller gesellschaftlichen Kräfte. Hier gilt es auch für die kirchlich-verbandlichen Akteure, unterschiedliche fachliche Zusammenhänge systematisch miteinander in einen Dialog zu bringen, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, Ressourcen und Potenziale besser zu verknüpfen, Perspektiven zu erweitern und Konkurrenzverhalten abzubauen. Auf diese Weise lassen sich eine Mitgestaltung von Entwicklungsprozessen (wie z. B. bei Sozialraumanalysen, integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepten) und ein breiter Konsens über notwendige Strategien im Gemeinwesen herstellen.

9. Lokales „Schnittstellenmanagement“ als intermediäre Instanz vor Ort installieren

Die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände profilieren ein Gemeinwesen orientiertes Handeln, indem sie aus ihren Strukturen ein „Schnittstellenmanagement“ vor Ort installieren, das die Potenziale von Kirchengemeinden, verbandlichen Trägern und Einrichtungen von Caritas und Diakonie sowie das zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Engagement von Akteuren im Gemeinwesen bündelt. Der Anspruch ist dabei ökumenisch, interdisziplinär und intermediär: ein Handeln als Vermittler und Entwickler von Kooperationskulturen zwischen verschiedenen Systemen und Ansätzen. Die beiden Kirchen stehen vor vergleichbaren Herausforderungen und entwickeln ähnliche Antworten und Strategien. Hier ist eine stärkere Bündelung von Potenzialen kirchlicher Zivilgesellschaft in der integrierten Stadtentwicklung erforderlich und möglich.

10. Sozialraumbezogene Budgets bzw. Verfügungsfonds aufbauen

Trotz zunehmend eingeschränkter Ressourcen sind die kirchlich-verbandlichen Träger vielerorts in der Lage, Grundausstattung und Basisstrukturen für lokale Projektarbeit bereitzustellen. Durch die Generierung von Sozialkapital, das häufig erst durch die Verknüpfung von beruflicher und nicht-beruflicher Arbeit entsteht, kann das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zu einer verlässlichen, in lokale Gemeinwesenstrukturen eingebundenen Ressource werden. Ehrenamtliche wie auch Hauptamtliche in den Kirchengemeinden sowie den verbandlichen Diensten und Einrichtungen profitieren voneinander, wenn sie sich als gleichberechtigte Partner akzeptieren und auf Augenhöhe agieren. Vielfältige Nutzungspotenziale bieten sich in den vorhandenen kirchlich-verbandlichen Infrastruktureinrichtungen und Raumangeboten. Durch eine Öffnung der Gemeindezentren, der verbandlichen Einrichtungen und – soweit möglich – auch einer flexiblen Nutzung über die ursprünglichen Zielgruppen hinaus entstehen Effekte im Stadtteil, die ein neues Miteinander ermöglichen, gemeinwesenbezogene Kooperation und Beteiligung fördern.